

Größere politische Freiheiten?

Singapurs Regierung hat zuletzt eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die zumindest partiell zu einer Lockerung der bestehenden Beschränkungen politischer Öffentlichkeit im Stadtstaat beitragen können. So sind seit Anfang September 2008 die Bestimmungen zur Nutzung des *Speakers' Corner* gelockert worden und zugleich werden Erleichterungen beim Genehmigungsverfahren für politische Filme diskutiert.

Seit dem 1. September benötigen Singapur Staatsbürger keine polizeiliche Anmeldung mehr, wenn sie am *Speakers' Corner* eine Demonstration abhalten wollen. Allenfalls eine formlose Anmeldung beim *National Parks Board*, das die Verwaltung des innerstädtischen Parkareals von den Polizeibehörden übernommen hat, ist hierfür noch nötig. Lediglich *Permanent Residents* müssen auch weiterhin eine polizeiliche Genehmigung einholen, während politische Demonstrationen für Ausländer auch weiterhin strikt verboten bleiben. Auch viele andere Regelungen, wie etwa das Verbot religiöser Themen, bleiben bestehen, und die Präsenz von Polizei im Umfeld des Areals wird auch in Zukunft aufrechterhalten.

Gleichzeitig kündigte Premierminister Lee Hsien Loong in einer Fernsehansprache an, die bestehenden Einschränkungen bei der Produktion und Vorführung politischer Filme einer Überprüfung zu unterziehen und den veränderten Bedingungen einer zunehmend global vernetzten Medienlandschaft anzupassen. Bisher wird die Herstellung und öffentliche Vorführung von Filmmaterial mit politischem Inhalt mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 Singapur Dollar (ca. 52.000 Euro) oder einer zweijährigen Haftstrafe geahndet.

vgl. Reuters, Singapur, 18.08.2008;
Channel News Asia, 26.08.2008

Schwache Wirtschaft

Singapurs Exporte verzeichneten im zweiten Quartal 2008 den drastischsten Rückgang seit sieben Jahren – ein deutliches Zeichen, dass die allgemeine wirtschaftliche Abschwächung ein weitaus ernstes Problem für die Ökonomien Ost- und Südasiens darstellt als die anhaltend hohen Inflationsraten.

Jüngste Wirtschaftsdaten zeigen für Singapur einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um nahezu sechs Prozent und damit die schlechteste Wirtschaftsleistung seit mehr als fünf Jahren. Vor allem bei den Industriegüterexporten sind deutliche Einbrüche zu verzeichnen. So gingen Exporte in die Vereinigten Staaten und die Europäische Union um 21 Prozent be-

ziehungsweise zwölf zurück. Der Einbruch der Industriegüterproduktion um mehr als fünf Prozent ist dabei eine direkte Folge der schwachen Konjunktorentwicklung auf den US-amerikanischen und europäischen Märkten.

Gleichzeitig ist jedoch die Inflationsrate in Singapur nach einem Höchststand von nahezu 7,5 Prozent im Juli mittlerweile wieder leicht auf 6,5 Prozent zurückgegangen. Aufgrund der starken Abhängigkeit des Stadtstaats von Importen geht die zentrale Finanzbehörde jedoch davon aus, dass die Teuerungsrate mittelfristig auf einem hohen Wert verharren wird.

vgl. The Age, Melbourne, 11.08.2008;
AFP, Singapur, 26.08.2008

Ende einer Oppositionspartei?

Anfang Oktober 2008 hat der amtierende Premierminister Lee Hsien Loong mit einer weiteren Verleumdungsklage gegen die Opposition im Stadtstaat vor Gericht Erfolg gehabt. In dem Verfahren wurden führende Politiker der oppositionellen *Singapore Democratic Party* (SDP) zu Zahlungen in Höhe von insgesamt 610.000 Singapurdollar (umgerechnet mehr

als 300.000 Euro) verurteilt.

Der Vorsitzende der Party, Chee Soon Juan, hat bereits deutlich gemacht, dass die Oppositionspolitiker nicht in der Lage sein werden, die in dem Urteil festgesetzten Zahlungen leisten zu können. Dadurch droht der Oppositionspartei der Verlust ihrer Zulassung als politische Partei.

vgl. Reuters, Singapur, 13.10.2008

Studentenprotest

An der *Nanyang Technology University* ist es zu einer für das Singapur Hochschulsystem äußerst seltenen Protestkundgebung gekommen. Eine Gruppe von Studierenden protestierte am 5. Oktober 2008 in einem als *Speakers' Corner* bekannten Innenstadtpark gegen jüngste Zensurmaßnahmen der Universitätsleitung.

Die Leitung der Universität hatte in einer der jüngsten Ausgaben der Campuszeitung einen Artikel über den Besuch des Oppositionspolitikers Chee Soon Juan zensuriert, der die Universität im August besucht und dabei in einer Rede mehr Demokratie für den Stadtstaat gefordert hatte.

vgl. AFP, Singapur, 5.10.2008